

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 52202 vom 02. Dezember 2002

Gesundheitspolitik

Werner Kalinka:

Rot-grüne Gesundheitspolitik ist ein Chaos

Die rot-grüne Gesundheitspolitik ist nach Auffassung des gesundheitspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka, MdL, „ein Chaos“. Probleme würden nicht gelöst, sondern verschärft. Eine Stabilisierung oder gar Reduzierung der Ausgaben sei mit der rot-grünen Regierung in Berlin nicht zu erreichen.

Die Lage im Gesundheitswesen sei „sehr ernst“.

- Die Krankenkassenbeiträge bewegten sich mit den angekündigten Steigerungen auf 15 Prozent und mehr auf ein Rekordniveau zu;
- die von rot-grün gewollte deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bedeute mehr Kosten für die Versicherten ohne zusätzliche Leistung;
- die angekündigte Nullrunde werde bei vielen Leistungserbringern zu erheblichen finanziellen Problemen mit der Folge von Arbeitsplatzverlusten führen;
- Liquiditätsengpässe und die Notwendigkeit von Kreditaufnahmen seien offenbar nicht nur für Krankenhäuser, Praxen und Labore, sondern auch für Krankenkassen ein Thema;
- der Mangel an Ärzten und Pflegekräften werde schon bald nicht nur in den neuen Ländern, sondern bundesweit – vor allem auch an den Krankenhäusern – deutlich werden;
- gegen die Überbelastung der Ärzte an Krankenhäusern durch eine zu hohe Zahl an Bereitschaftsdiensten werde kaum etwas getan;
- der von Krankenhäusern und Praxen geforderte Verwaltungsaufwand sei schon jetzt ein „erheblicher Kostentreiber“ und behindere die Wahrnehmung ärztlicher Aufgaben;
- viele in Gesundheitsberufen tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten angesichts der starken Belastungen, denen sie ausgesetzt seien, ständig „am Limit“;
- inhaltlich Orientierung, wohin die Reise im Gesundheitswesen gehen solle, gebe es von Seiten der Bundesregierung nicht.

Kalinka: „Dies sind einige der Beispiele, die dazu beitragen, dass sich die Lage im Gesundheitswesen dramatisch zuspitzt. Nötig ist Handeln. Doch dazu ist die rot-grüne Politik nicht in der Lage.“

